

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 06.10.2015

Landesregierung muss für Deponiekapazitäten sorgen - Nichtstun ist keine Lösung

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Im Rahmen der Umsetzung der europäischen Deponierichtlinie waren bis spätestens zum 15. Juli 2009 alle Deponien zu schließen, die nicht vollständig dem Stand der Technik entsprachen. Seitdem gibt es in Niedersachsen nur noch neun Standorte, an denen Deponien der Klasse I betrieben werden. Zum 31. Dezember 2013 gab es in Niedersachsen nur noch eine Kapazität von 2,3 Millionen Tonnen. Bei einem Jahresverbrauch von über 1 Million Tonnen beträgt die rechnerische Restlaufzeit etwa zwei Jahre. Zuständig für die konkrete Ausweisung von Kapazitäten sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Das Land Niedersachsen hat aber über das Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) die Möglichkeit, die Kommunen bei der Ausweisung von Kapazitäten zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. das Ziel der Schaffung von Deponiekapazitäten in das Landes-Raumordnungsprogramm aufzunehmen,
2. die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Ausweisung von neuen und der Erweiterung von bestehenden Deponien zu unterstützen,
3. sich stärker als bisher bei der Nutzung von recyclingfähigem Material zu engagieren und dem Landtag darüber zu berichten.

Begründung

Bereits im Februar 2013 hatten die Unternehmerverbände Niedersachsen und die Bauindustrie die Landesregierung darauf hingewiesen, dass die Deponiekapazitäten der Klasse I (Deponie für Abfälle, die einen sehr geringen organischen Anteil enthalten und bei denen eine sehr geringe Schadstofffreisetzung im Auslaugversuch stattfindet) knapp werden. Der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag hatte zuletzt im März 2015 unter dem Titel „Niedersachsen gehen die Deponien aus“ eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ausweisung von Deponiekapazitäten und deren Verankerung im LROP angemahnt.

Bei einem Verbrauch von über 1 Million Tonnen pro Jahr sind die Kapazitäten am Anfang des Jahres 2016 rechnerisch erschöpft. Die niedersächsische Wirtschaft ist aber auf ausreichende Deponiekapazitäten angewiesen. Den Bedarf dafür hatte der Umweltminister in der Drucksache 17/3225 eingeräumt und vor allem im Norden und Westen des Landes Niedersachsen Bedarf für neue Deponien gesehen. Die Landesregierung hatte sich bei diesem Thema zunächst mit einer Veranstaltung engagiert und die Landräte aufgefordert, die Versorgungssicherheit in ihren Zuständigkeitsbereichen sicherzustellen. Um dies zu unterstützen, war auch die Aufnahme in die Planungsabsichten des LROP geplant. Jetzt soll dieses Ziel nicht mehr in das LROP übernommen werden.

Im gegenwärtig im Bundesumweltministerium diskutierten Arbeitsentwurf der Ersatzbaustoffverordnung als Teil der Mantelverordnung ist eine deutliche Verschärfung der Kriterien vorgesehen. In der Folge könnte die Recyclingquote schwach belasteter mineralischer Abfälle von bislang 90 % auf künftig 60 % sinken und sich damit die Nachfrage nach DK-I-Kapazitäten weiter erhöhen.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender